

Niederschrift

JHA/003/2026

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine
am 11.03.2026

Die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Multifunktionsaal im 1. OG des Rathauszentrums II.

Anwesend als

Vorsitzende:

| | | |
|---------------------|-----|--------------------------|
| Frau Claudia Reinke | CDU | Ratsmitglied/Vorsitzende |
|---------------------|-----|--------------------------|

Mitglieder:

| | | |
|--------------------------------|-----------------------|---|
| Herr Til Beckers | CDU | Ratsmitglied (bis 17:30 Uhr) |
| Frau Sarah Brandt | AfD | Ratsmitglied |
| Frau Hermine Fischer-Mißfelder | CDU | Sachkundige Bürgerin |
| Herr Mattis Hohdorf | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | Ratsmitglied/1. stellv. Vorsitzender |
| Frau Birgitt Overesch | CDU | Ratsmitglied |
| Herr Eike Saatjohann | FDP/UWG | Sachkundiger Bürger |
| Frau Antonia Bischoff | | Ausschussmitglied f. Jugendverbände |
| Herr Dirk Holtmann | | Ausschussmitglied f. Jugendverbände |
| Frau Karin Albers | | Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände |
| Frau Petra Fettich | | Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände |

beratende Sachkundige Einwohner:

| | |
|----------------------|---|
| Frau Andrea Bischoff | Sachkundige Einwohnerin f. Familienbeirat |
| Frau Sarah Feldkamp | Ausschussmitglied f. Arbeitsverwaltung |
| Frau Lara May | Ausschussmitglied örtlicher Jugendringe |

Frau Karin Schulz-Bennecke Ausschussmitglied f. Schulen
Frau Carla Zachey AG 78

Vertreter:

Frau Evelyn Eggenkämper DIE LINKE Vertretung für Frau Clara Calitri
Herr Linus Grundke Vertretung für Frau Mona Gedicke
Frau Mareike Janßen Vertretung für Frau Sylvia Egelkamp
Frau Gabriele Leskow SPD Vertretung für Frau Tatjana Lücke
Herr Max Richter Vertretung für Herrn René Dall
Herr Eike Rickert Vertretung für Frau Cosima Rottmann
Frau Manuela Uhling Stellv. Mitglied (Verpflichtung)

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann Beigeordneter
Frau Medina Atalan Sozial- und Jugendhilfeplanung
Frau Jana Droste Kinder- und Jugendarbeit
Herr Stefan Jüttner-von der Gathen Stabstelle Dezernat II
Frau Diana Möllers PV Kinder- und Jugendarbeit und Spiel- und Freizeitanlagen
Frau Annette Wiggers Jugendamtsleiterin
Herr Ingo Schmitz Stellv. Schriftführer

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Frau Clara Calitri DIE LINKE Ratsmitglied
Frau Tatjana Lücke SPD Ratsmitglied
Herr René Dall Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Frau Sylvia Egelkamp Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände

beratende Sachkundige Einwohner:

| | |
|----------------------------|---|
| Frau Mona Gedicke | Interessensvertreterin Jugendteam |
| Frau Nina Jansen | Sachkundige Einwohnerin f. Beirat f. Menschen mit Behinderung |
| Herr Jörg Langhans | Ausschussmitglied f. Richter |
| Frau Kirsten Lücke-Brüning | Ausschussmitglied f. katholische Kirche |
| Frau Claudia Raneberg | Ausschussmitglied f. Evangelische Kirche |
| Frau Cosima Rottmann | Jugendamtseaternbeirat |

Frau Reinke eröffnet die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erfolgt die Verpflichtung von Frau Manuela Uhling als Mitglied im Jugendhilfeausschuss.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Informationen der Verwaltung

Herr Gausmann berichtet, dass umfangreiche Informationen zur Verfügung gestellt worden seien.

Er führt aus, dass der Jakobi-Kindergarten in der Mittelstraße zum 1. August 2026 seinen Betrieb einstellt. Er hebt hervor, dass es gelungen sei, alle betroffenen Kinder bis zum 1. August in anderen Einrichtungen unterzubringen. Dabei hätten nahezu alle Familien ihren bevorzugten Unterbringungswunsch erfüllt bekommen. Er erwähnt, dass es eine Anfrage der katholischen Kirchengemeinden gegeben habe, die sich auf die Zulassung von Überbelegungen bezogen habe. Er betont, dass bei der Platzvergabe die Prioritäten der Eltern berücksichtigt wurden, auch wenn dies zu einer vollständigen Belegung aller Plätze geführt habe. Er äußert die Überzeugung, dass die Eltern diese Vorgehensweise zu schätzen wüssten.

Des Weiteren berichtet er über die Sitzung der Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Resolutionsentwurfs, die am vergangenen Donnerstag stattgefunden habe. Er habe das Protokoll der Sitzung bereits gelesen und finde es bemerkenswert, wie umfangreich und vielfältig die Themen seien, mit denen sich die Arbeitsgruppe beschäftigt habe. Er kündigt an, dass bis April eine entsprechende Vorlage mit dem Resolutionsentwurf erstellt werde, die im Mai dem Rat zur Verabschiedung vorgelegt werden solle. Er führt aus, dass die geplante Resolution zahlreiche Aspekte umfassen werde, insbesondere in den Bereichen Bildung und Bürokratieabbau, die im Zusam-

menhang mit der sogenannten „KiBiz-Novelle“ relevant sein könnten. Er bedankt sich ausdrücklich bei den Mitwirkenden der Arbeitsgruppe.

Abschließend weist er darauf hin, dass den Anwesenden eine dreiseitige, doppelseitig bedruckte Liste mit Veränderungen im Bereich „KiBiz-Budget“ aktuell gegeben wurde und vorliege. Er kündigt an, dass er im Rahmen des Budgetbeschlusses auf diese Liste zurückkommen werde.

Frau Reinke bedankt sich für die Ausführungen und fragt, ob es Fragen zu den Informationen gebe. Da dies nicht der Fall sei, leitet sie zur nächsten Tagesordnung über.

2. Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Einwohnerfragen.

3. Informationen aus dem Familienbeirat

Frau Andrea Bischof berichtet, dass es seit der letzten Sitzung keine weiteren Zusammenkünfte gegeben habe. Sie betont jedoch, dass man sich auf die bevorstehende Neukonstituierung freue und hoffe, dass diese zeitnah erfolgen werde. Im Hintergrund halte man weiterhin die Augen und Ohren offen, um mögliche neue Ideen zu entwickeln. Aktuell gebe es keine weiteren Neuigkeiten.

4. Vorstellung der Ergebnisse der Jugendbefragung 2025 Vorlage: 112/26

Frau Möllers erläutert, dass sie als Produktverantwortliche für den Bereich Kinder- und Jugendarbeit tätig sei und gemeinsam mit Frau Droste, die ebenfalls in diesem Bereich arbeite, eine Jugendbefragung durchgeführt habe. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt (**Anlage 1**). Diese Befragung habe im Herbst 2025 stattgefunden und sei Teil der Weiterentwicklung des Kinder- und Jugendförderplans, der ab 2027 in Kraft treten solle. Ziel sei es gewesen, die Lebensrealitäten von Kindern und Jugendlichen der fünften bis zehnten Klassen in Rheine zu erfassen, insbesondere hinsichtlich ihrer Freizeitgestaltung und relevanter Themen. Die Befragung sei in Zusammenarbeit mit Trägern der Kinder- und Jugendarbeit an sechs weiterführenden Schulen durchgeführt worden, wobei insgesamt 787 Schülerinnen und Schüler teilgenommen hätten. Die Befragung sei online erfolgt, wobei pro Jahrgang jeweils eine Klasse befragt worden sei, um eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu gewährleisten.

Frau Möllers führt weiter aus, dass die Altersverteilung der Teilnehmenden weitgehend ausgewogen sei, wobei die Gruppe der über 17-Jährigen aufgrund der Altersstruktur in den zehnten Klassen kleiner ausfalle. Zudem hätten etwas mehr weibliche als männliche Teilnehmende an der Befragung teilgenommen. Hinsichtlich der Sprachen im häuslichen Umfeld hätten 52 % der Befragten angegeben, ausschließlich Deutsch zu sprechen, während 23,9 % manchmal und 22,4 % überwiegend eine andere Sprache sprächen. Die Einbeziehung von Willkommensklassen habe dazu beigetragen, die Diversität der Befragung zu erhöhen.

Herr Gausmann ergänzt, dass die Zeitressourcen der Kinder und Jugendlichen unter der Woche begrenzt seien, wobei montags und donnerstags die wenigste Freizeit zur Verfügung stehe. Am Wochenende, insbesondere samstags, stünden hingegen deutlich mehr Zeitressourcen zur Verfügung. Die Freizeitgestaltung finde überwiegend außerhalb institutioneller Angebote statt, wobei die Innenstadt, die Emsgalerie, Bolz- und Spielplätze sowie der Stadtpark häufig genannte

Orte seien. Das Zuhause spiele ebenfalls eine wichtige Rolle, insbesondere für Entspannung, Rückzug, digitale Freizeit und Treffen mit engen Freunden.

Frau Möllers merkt an, dass auch McDonald's als ein häufig genannter Treffpunkt für Jugendliche betrachtet werden könne. Sie berichtet weiter, dass die Häuser der Offenen Tür in Rheine explizit abgefragt worden seien. Weniger als 10 % der Befragten hätten diese regelmäßig besucht, während viele sie zwar namentlich kennen würden, jedoch nicht frequentierten. Dies deutete auf einen Handlungsbedarf hin, insbesondere in Bezug auf die Bekanntmachung und Attraktivität der Angebote.

Sie erläutert, dass die Befragung auch die Bedarfe der Jugendlichen erfasst habe. Häufig genannte Wünsche seien mehr Freizeitmöglichkeiten, Orte zum Treffen ohne Konsumzwang sowie Sport- und Bewegungsmöglichkeiten ohne Vereinsbindung. Die Jugendlichen wünschten sich zudem jugendgerechte Aufenthaltsorte, insbesondere in der Innenstadt, die ohne pädagogische Betreuung genutzt werden könnten. Weitere Themen seien die Sauberkeit im öffentlichen Raum sowie die Verbesserung der Aufenthaltsqualität in der Innenstadt.

Herr Gausmann hebt hervor, dass sich aus der Befragung fünf zentrale Bedürfnisse ableiten ließen: Bewegung, Autonomie, altersgerechte Angebote, Räume für Jugendliche sowie die aktive Beteiligung an Entscheidungen. Diese Ergebnisse stünden im Einklang mit Erkenntnissen aus der Jugendforschung. Daraus ergäben sich zentrale Handlungsbedarfe, wie die stärkere Bekanntmachung der Jugendzentren, die jugendgerechte Gestaltung von Sport- und Bewegungsangeboten sowie die Sicherstellung und der Ausbau solcher Angebote. Zudem sei die aktive Beteiligung von Jugendlichen an Entscheidungen weiterhin von großer Bedeutung.

Frau Möllers betont, dass die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Bereichen wie Stadtentwicklung, Sport und Schule essenziell sei, um die Bedürfnisse der Jugendlichen umfassend zu berücksichtigen. Sie weist darauf hin, dass die Schule zunehmend als zentraler Orientierungspunkt für Jugendliche wahrgenommen werde, was eine Veränderung im Vergleich zum letzten Kinder- und Jugendförderplan darstelle.

Frau Reinke bedankt sich abschließend für die umfassende Darstellung und regt an, die Ergebnisse der Befragung dem Jugendhilfeausschuss zugänglich zu machen, um die Bedeutung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen weiter zu unterstreichen.

Frau Overesch äußert ihre Dankbarkeit für die Präsentation der Ergebnisse und betont, dass die vorgestellten Themen sowohl bekannt als auch erschreckend seien. Sie hebt hervor, dass die Erkenntnisse die Notwendigkeit verdeutlichen, an bestimmten Themen weiterzuarbeiten. Gleichzeitig zeigt sie sich enttäuscht über die mangelnde Teilnahme einiger Schulen an der Befragung, da Partizipation und Demokratieverständnis zentrale Anliegen seien. Sie fragt nach möglichen Rückmeldungen der Schulen, die nicht teilgenommen haben.

Herr Gausmann erklärt, dass von den sieben weiterführenden Schulen in Rheine nur sechs an der Befragung teilgenommen hätten. Er führt dies auf die Freiwilligkeit des Angebots zurück und nennt als mögliche Gründe organisatorische Herausforderungen, wie den Unterrichtsausfall. Er bedauert die geringe Beteiligung.

Herr Richter berichtet, dass er als Vertreter der Jugendarbeit an der Durchführung der Befragung beteiligt war. Er hebt die gute Organisation und die breite Beteiligung bei der Erstellung des Förderplans hervor und lobt die Arbeit des Teams Jugendarbeit. Er weist darauf hin, dass Freizeitflächen für Jugendliche wichtig seien, auch wenn deren Nutzung nicht immer den Vorstellungen der Erwachsenen entspreche. Zudem regt er an, die Nutzung von Sportflächen durch Privatpersonen zu prüfen und Freizeitangebote stärker in den Offenen Ganztage (OGS) zu integrieren.

Frau Leskow bedankt sich für die Ausführungen und bittet darum, die Ergebnisse vor der Protokollierung dem Arbeitskreis Kinder- und Jugendförderplan zur Verfügung zu stellen, da dieser zeitnah tagt.

Frau Bischoff schließt sich dem Dank an und stellt fest, dass sich die Themen der Befragung im Vergleich zum letzten Kinder- und Jugendförderplan verändert haben. Sie fragt, ob dies auf veränderte Bedarfe oder eine andere Fragestellung zurückzuführen sei. Insbesondere das Thema Partys und Feste sei weniger präsent, während Mobilität und die Bekanntheit der offenen Kinder- und Jugendarbeit weiterhin relevant seien. Sie betont die Notwendigkeit, die Angebote besser bekannt zu machen und an den tatsächlichen Bedarfen der Kinder und Jugendlichen auszurichten.

Frau Schulz-Bennecke gibt eine Rückmeldung aus den Schulen und führt die geringe Beteiligung an der Befragung auf organisatorische Herausforderungen zurück. Sie nennt kurzfristige Ankündigungen, Datenschutzerfordernisse und die Integration in den schulischen Alltag als Gründe. Sie betont jedoch, dass die Schulen grundsätzlich bereit seien, solche Aktionen zu unterstützen.

Herr Gausmann erläutert, dass die Befragung sich auf die Altersgruppe der 10- bis 17-Jährigen konzentriert habe und daher der OGS-Bereich nicht berücksichtigt worden sei. Er beschreibt die Nutzungsmöglichkeiten von Schulhöfen und städtischen Sportflächen und hebt die Bedeutung von Bolzplätzen und großen Spielflächen hervor. Er weist darauf hin, dass die Bekanntheit der offenen Jugendzentren seit der letzten Befragung unverändert geblieben sei.

Frau Möllers ergänzt, dass das Thema Sicherheit in der aktuellen Befragung keine große Rolle gespielt habe, jedoch in den Jugendforen thematisiert worden sei. Sie hebt hervor, dass das Ruhebedürfnis der Jugendlichen ein zentrales Thema sei, was sich auch in den Wünschen nach kürzeren Ferienfahrten und weniger actiongeladenen Angeboten widerspiegele. Sie führt dies auf den hohen Stress im Alltag der Jugendlichen zurück.

Frau Overesch hinterfragt, ob Ferienangebote an Schulen sinnvoll seien, wenn die Jugendlichen diese Orte mit Stress verbinden.

Frau Möllers erklärt, dass dies vor allem für ältere Schülerinnen und Schüler gelte, während Grundschüler andere Bedürfnisse hätten. Sie weist auf die zunehmenden psychischen Belastungen bei Kindern und Jugendlichen hin, die sich auch in der Schule zeigten.

Frau Schulz-Bennecke fragt, ob das Ruhebedürfnis der Jugendlichen mit der Mediennutzung zusammenhänge.

Frau Möllers bestätigt dies und beschreibt, dass Mediennutzung oft als Ruhezeit interpretiert werde. Sie ergänzt, dass diese Form der Ruhezeit bei einigen Jugendlichen auch als Einsamkeit wahrgenommen werde, was auf einen Widerspruch hinweise.

Frau Schulz-Bennecke hebt hervor, dass eine sehr hohe Mediennutzung in direktem Zusammenhang mit einer Zunahme psychischer Probleme stehe. Sie betont, dass dies auch Einsamkeitserfahrungen sowie eine geringere Fähigkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe zur Folge habe. Sie sehe hierin einen möglichen Handlungsauftrag für die Anwesenden.

Frau Reinke bedankt sich für die Anmerkung von Frau Schulz-Bennecke und stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ergebnisse der Jugendbefragung zum Kinder- und Jugendförderplan zur Kenntnis.

5. Bericht aus den Jugendforen 2026 Vorlage: 113/26

Frau Wiggers erläutert, dass im Rahmen der Erarbeitung des fünften Kinder- und Jugendförderplans der Stadt Rheine Ende Januar und Anfang Februar mehrere Jugendforen im Begegnungszentrum Mitte 51 durchgeführt worden seien. Ziel dieser Veranstaltungen sei es gewesen, den Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, ihre Sichtweisen, Bedarfe und Ideen in den Entwicklungsprozess des Förderplans einzubringen. An den Foren hätten Schülerinnen und Schüler aller sieben weiterführenden Schulen in Rheine teilgenommen. Die Veranstaltungen seien so gestaltet gewesen, dass die Teilnehmenden an verschiedenen Stationen, unter anderem in Form von Speed-Debating, unterschiedliche Themen diskutieren konnten. Zu den behandelten Themen hätten Aufenthaltsorte, Sicherheit im öffentlichen Raum, Beteiligungsmöglichkeiten, Ferienangebote, Politik und Demokratie, Schule sowie psychische Belastungen gehört. Es sei der Wunsch nach jugendgerechteren Treffpunkten, mehr Mitbestimmung und verständlicheren Informationen, insbesondere zu politischen Themen, geäußert worden. Ergänzend hätten die Jugendlichen ihre Einschätzungen an Stellwänden festhalten können. Eine dieser Stellwände habe sich mit dem Thema „Was bedeutet Heimat für mich?“ befasst, wobei Heimat von den Jugendlichen vor allem als emotionaler Ort mit sozialen Komponenten wie Familie, Freunden, Sicherheit und Zugehörigkeit definiert worden sei. Eine weitere Stellwand habe den Titel „Was ich immer schon mal loswerden wollte“ getragen, wobei deutlich geworden sei, dass sich viele Jugendliche in Rheine wohlfühlten, jedoch oft das Gefühl hätten, nicht ernst genommen zu werden, insbesondere in der Schule und im politischen Bereich. Eine zusätzliche Stellwand habe sich mit dem Thema Proberäume befasst, wobei ein gewisser Bedarf festgestellt worden sei, jedoch auch der Wunsch nach einer besseren Bekanntmachung der bestehenden Angebote geäußert worden sei.

Sie hebt hervor, dass die Veranstaltungen sehr lebhaft und engagiert gewesen seien und viele Erkenntnisse geliefert hätten, die in der politischen Arbeitsgruppe weiterbearbeitet würden.

Herr Gausmann bedankt sich bei Frau Wiggers für die Einführung und hebt hervor, dass 92 % der Jugendlichen angegeben hätten, Vertrauenspersonen zu haben, was er als sehr positiv bewertet. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass weniger als 50 % der Jugendlichen das Gefühl hätten, ernst genommen zu werden, was er als alarmierend bezeichnet. Er regt an, dass dies ein Signal für die Politik sein müsse, Veränderungen herbeizuführen. Zudem verweist er auf die Angabe, dass 50,6 % der Jugendlichen sich manchmal einsam fühlten, was er als ein wichtiges Thema für die weitere Arbeit ansieht.

Herr Richter schließt sich dem Dank an und betont die gute Organisation der Veranstaltungen durch das Team der Jugendarbeit. Er hebt hervor, dass die Ergebnisse der Stellwände bemerkenswert seien, insbesondere die hohe Zufriedenheit mit Vertrauenspersonen und das Wohlbefinden in Rheine. Gleichzeitig kritisiert er, dass weniger als die Hälfte der Jugendlichen sich ernst genommen fühle, was er als „vernichtend schlecht“ bezeichnet. Er regt an, dass dies sowohl in der Politik als auch in anderen Bereichen wie Schule und Familie thematisiert werden müsse. Zudem verweist er auf das Thema Einsamkeit, das er als gesellschaftlich relevantes Phänomen einordnet.

Frau May bedankt sich ebenfalls und berichtet, dass sie an einem der Jugendforen teilgenommen habe. Sie zeigt Interesse an der Zusammensetzung der teilnehmenden Jugendlichen und fragt, wie diese ausgewählt worden seien. Zudem erkundigt sie sich, inwieweit die Teilnehmenden über den Kinder- und Jugendförderplan informiert gewesen seien. Sie merkt an, dass bei

der letzten Erarbeitung ein Film zur Information gedreht worden sei, was dieses Mal nicht erfolgt sei, und fragt nach den Berührungspunkten der Jugendlichen mit dem Thema.

Frau Möllers erklärt, dass pro Schulklasse zwei Schülerinnen oder Schüler von den Schulen ausgewählt worden seien, wobei die Auswahl den Schulen überlassen worden sei. Die Teilnehmenden hätten im Vorfeld Informationen zu den Themen erhalten, die in den Workshops behandelt werden sollten. Viele Jugendliche seien mit Notizen oder vorbereiteten Materialien erschienen, was darauf hindeute, dass sie sich im Vorfeld mit den Themen auseinandergesetzt hätten.

Frau Overesch fragt an, ob die Ergebnisse der Jugendforen nach Stadtteilen oder Quartieren differenziert worden seien, was sie für die weitere Bearbeitung des Jugendförderplans als relevant erachte. Sie betont, dass die Ergebnisse der Foren viele wichtige Hinweise für die zukünftige Arbeit geliefert hätten.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht aus den Jugendforen zur Kenntnis.

6. Gliederung Kinder- und Jugendförderplan 2027-2031 Vorlage: 111/26

Frau Wiggers erläutert, dass die vorliegende Gliederung des Kinder- und Jugendförderplans 2027 bis 2031 die gesetzlichen Grundlagen, das Leitbild sowie die Ziele und Aufgaben der Kinder- und Jugendarbeit umfassen werde. Sie betont, dass der Plan den gesamten Planungsprozess abbilden solle, einschließlich der Auswertung des vorherigen Förderplans, einer sozial-räumlichen Bestandsaufnahme sowie der Ergebnisse zahlreicher Beteiligungsformate. In diesen Prozessen hätten Fachkräfte, ehrenamtliche politische Vertreterinnen und Vertreter sowie insbesondere Kinder und Jugendliche ihre Perspektiven eingebracht. Sie hebt hervor, dass zentrale Themen wie Demokratiebildung, Partizipation, Inklusion, Orte und Angebote für Jugendliche, psychische Belastungen, Medienkompetenz sowie Kinder- und Jugendschutz die Grundlage für die Zielformulierungen und die weitere Entwicklung des Plans bilden würden. Ergänzend werde der Plan durch Angaben zur Budgetplanung sowie zur Weiterentwicklung, Umsetzung und Evaluation vervollständigt. Sie informiert, dass die erste Lesung des Plans im Jugendhilfeausschuss für den 16. Juli 2026 vorgesehen sei.

Herr Gausmann bedankt sich bei Frau Wiggers und stellt fest, dass die Gliederung allen vorliege. Er erklärt, dass es sich hierbei nicht um eine bloße Kenntnisnahme, sondern um eine Beauftragung handle. Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Rheine beauftrage die Verwaltung, den Kinder- und Jugendförderplan 2027 bis 2031 auf Basis der vorliegenden Eckpunkte zu erstellen und zur ersten Lesung vorzulegen.

Frau Leskow erkundigt sich nach der Bedeutung des Begriffs „erzieherischer Jugendschutz“.

Herr Gausmann verweist auf § 14 SGB VIII und erläutert, dass der erzieherische Jugendschutz präventiv ausgerichtet sei. Ziel sei es, Kinder und Jugendliche zu befähigen, jugendgefährdende Medien und Substanzen nicht zu nutzen. Er hebt hervor, dass dies durch präventive Maßnahmen und Stärkung der Kompetenzen der jungen Menschen erreicht werden solle.

Er fasst abschließend zusammen, dass der Jugendhilfeausschuss der Stadt Rheine die Verwaltung beauftrage, den Kinder- und Jugendförderplan 2027 bis 2031 gemäß den vorliegenden Eckpunkten zu erstellen und zur ersten Lesung am 16. Juli 2026 vorzulegen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Rheine beauftragt die Verwaltung, den 5. Kinder- und Jugendförderplan 2027 – 2031 mit den entsprechenden Eckpunkten der Vorlage zu erstellen und den gesamten Plan dem Jugendhilfeausschuss zur ersten Lesung am 16. Juli 2026 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7. plusKITAs im Kindergartenjahr 2026/2027
Vorlage: 091/26**

Herr Gausmann erklärt, dass er ein schlechtes Gewissen habe, da im vergangenen Jahr beschlossen worden sei, die Verlängerung der plusKITAs nicht erneut vorzunehmen. Stattdessen sei die Verwaltung beauftragt worden, eine neue statistische Abbildung für alle Stadtteile in Rheine zu erstellen, um die plusKITAs neu festzulegen. Er betont jedoch, dass sich sein schlechtes Gewissen in Grenzen halte, da im Rahmen der KiBiz-Novelle ohnehin eine zusätzliche Chancen-Kita eingeführt werde. Zudem seien die Förderstrukturen auf Basis neuerer statistischer Grundlagen abzubilden. Um Doppel- und Mehrfacharbeit zu vermeiden, bitte er um Zustimmung, die plusKITAs für ein weiteres Jahr auf Grundlage der bisherigen Statistiken zu bewilligen, damit die finanziellen Mittel weiterhin zur Verfügung stehen.

Frau Overesch äußert, dass sie das schlechte Gewissen von Herrn Gausmann nachvollziehen könne, da der Beschluss im letzten Jahr bereits mit Bedenken gefasst worden sei. Sie weist darauf hin, dass die aktuelle Regelung eine Ungleichbehandlung der Kitas darstelle. Dennoch erkenne sie den hohen Arbeitsaufwand an, der durch die parallele Bearbeitung anderer dringlicher Themen entstehe. Sie signalisiert Zustimmung zu der vorgeschlagenen Verlängerung, betont jedoch, dass dies aus ihrer Sicht das letzte Mal sein solle.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die in den JHA-Sitzungen am 12.03.2020 für den Förderzeitraum 01.08.2020 bis 31.07.2025 beschlossene und am 29.01.2025 um ein weiteres Kindergartenjahr (2025/2026) verlängerte Kita-Auswahl zu belassen und die Mittelverteilung für die plusKITAs vorbehaltlich der Bewilligung der Landesmittel um ein weiteres Kindergartenjahr (2026/2027) bzw. bis zum Inkrafttreten des neuen Kinderbildungsgesetzes zu verlängern.

Ausgenommen von der Verlängerung ist der zum 31.07.2026 auslaufende Ev. Kindergarten Jakob.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**8. Bedarfsfeststellung nach dem Kinderbildungsgesetz für das Kindergartenjahr
2026/2027
Vorlage: 087/26**

Herr Gausmann erläutert, dass der Jugendhilfeausschuss wie jedes Jahr vor dem 15. März die Budgets der Kindertagesstätten beschließen müsse. Er betont, dass dies den gesetzlichen Rahmenbedingungen geschuldet sei. In diesem Jahr liege eine umfangreiche Beschlussvorlage

mit fast 55 Punkten vor. Zudem sei eine Veränderungsliste (**Anlage 2**) erstellt worden, die unter anderem die Verteilung von 50 Kindern der Jakobi-Kita betreffe, deren Betrieb auslaufe. Er hebt hervor, dass es gelungen sei, alle Kinder, sowohl im Ü3- als auch im U3-Bereich, unterzubringen und die Zufriedenheit der Eltern sicherzustellen. Er verweist darauf, dass die Bedarfsplanung für die Kitas im Juni abgeschlossen werde und dabei auch die Tagespflege sowie die Offene Ganztagschule (OGS) intensiver betrachtet würden.

Frau Reinke äußert, dass die geänderten Belegungszahlen überforderten, zeigt sich jedoch zufrieden, dass diese vorlägen.

Herr Hohdorf fragt nach der aktuellen Zahl freier Plätze im Stadtgebiet und bittet um eine Einschätzung der Verwaltung zur zukünftigen Entwicklung.

Herr Gausmann antwortet, dass die konkrete Zahl freier Plätze zum 1. August vorliegen werde, da es derzeit noch viele Bewegungen gebe. Im Ü3-Bereich seien es weniger als 20 freie Plätze, wobei eine halbe Gruppe in St. Josef gebildet worden sei. Er erklärt, dass die zukünftige Entwicklung schwer einzuschätzen sei, da diese von gesamtgesellschaftlichen und geopolitischen Faktoren abhängen. Er verweist auf die Erfahrungen aus dem Jahr 2015, als aufgrund von Fluchtbewegungen zusätzliche Gruppen aufgebaut werden mussten. Zudem erläutert er, dass die Planungen der letzten Jahre stets konservativ gewesen seien, um Überkapazitäten zu vermeiden.

Er führt weiter aus, dass die Ursprungsplanung für 2023 drei Expertise-Einrichtungen vorgesehen habe, von denen jedoch nur zwei realisiert würden. Die verbleibende Expertise-Einrichtung werde in den vorhandenen Räumlichkeiten untergebracht, um ein Überangebot zu vermeiden. Er betont, dass keine großen Schließungen von Kitas zu erwarten seien, da durch strukturelle Anpassungen eine harmonische Versorgung gewährleistet werden könne.

Abschließend weist er darauf hin, dass Kitas mit hohem Sanierungsbedarf überprüft würden, um zu entscheiden, ob eine Sanierung wirtschaftlich sinnvoll sei. Er erwähnt zudem, dass das Bistum Münster plane, eine gGmbH für katholische Kitas zu gründen, was möglicherweise Auswirkungen auf die Trägerschaft und die Finanzierung haben könnte.

Frau Fettich hebt die gute Zusammenarbeit im laufenden Jahr hervor, auch wenn sie anmerkt, dass es durch die ständigen Veränderungen Herausforderungen gebe. Sie bedankt sich ausdrücklich bei der Verwaltung für die konstruktive Zusammenarbeit mit den Trägern und Kitas. Sie betont, dass durch diese Kooperation eine zufriedenstellende Lösung für das Betreuungssystem in Rheine gefunden worden sei.

Sie ergänzt aus Sicht der Träger, dass die Vorlage die Komplexität und die Herausforderungen der aktuellen Situation verdeutliche. Sie hebt hervor, dass das sprunghafte Verhalten der Eltern bei der Annahme von Plätzen eine Herausforderung darstelle und betont die Notwendigkeit, die Entwicklungen weiterhin genau zu beobachten.

Frau Reinke stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, und schlägt vor, über die Beschlussvorlagen 1 bis 5 geschlossen abzustimmen. Sie erklärt, dass die auch nachgereichte Veränderungsliste den Anwesenden vorliege, und bittet um ein Handzeichen für die Zustimmung.

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss stimmt den im Rahmen der örtlichen Jugendhilfeplanung im Benehmen mit den Trägern der Kindertageseinrichtungen erarbeiteten Ergebnissen für jede

einzelne Kindertageseinrichtung (Anlage 1) zur Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) für das Kindergartenjahr 2026/2027 zu.

2. Gleichzeitig wird den Trägern im Vorgriff auf den noch zu erstellenden Bewilligungsbescheid das notwendige Budget garantiert, um auf dieser Basis zeitnah die Betreuungsverträge mit den Eltern schließen zu können.
3. Der Jugendhilfeausschuss erteilt der Verwaltung des Jugendamtes den Auftrag, kommende Änderungen für das Kindergartenjahr 2026/27 zu prüfen und im Einvernehmen mit den Trägern der Kindertageseinrichtungen bei der Belegung zu berücksichtigen.
4. Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem von der örtlichen Jugendhilfeplanung ermittelten Bedarf an Betreuungsplätzen in der Kindertagespflege (201 Plätze für U3-Kinder und 5 Plätze für Ü3 Kinder), die von 61 Kindertagespflegepersonen angeboten werden, zu.
5. Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dass die im Rahmen der Investitionskostenförderung geschaffenen, zweckgebundenen Betreuungsplätze vorrangig mit Kindern der für die jeweilige Bewilligung vorgesehenen Altersgruppe zu belegen sind.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. Anfragen und Anregungen

Frau Eggenkämper gibt an, dass sie in der letzten Fraktionssitzung auf eine Beschlussfassung aus dem Juni des Vorjahres angesprochen worden sei. Dabei habe es sich um die Bereitstellung von 15.000 Euro für ein Pilotprojekt, die sogenannte Jugendhütte in Elte, gehandelt. Weitere Details zu diesem Thema werden nicht genannt.

Herr Gausmann erläutert, dass von den Jugendlichen, für die das Projekt ursprünglich gedacht war, keine Rückmeldungen eingegangen seien, obwohl diese zweimal eingeladen worden seien. Er betont, dass es wichtig gewesen wäre, vor der Umsetzung des Projekts mit den Kindern und Jugendlichen zu besprechen, was konkret geplant sei. Dies sei jedoch wohl nicht erfolgt, da die Jugendlichen nicht erschienen seien. Er hebt hervor, dass dies auch eine Frage der Partizipation sei, da die Initiative von den Erwachsenen ausgegangen sei, ohne dass ein enger Kontakt zu den Jugendlichen bestanden habe. Aufgrund der fehlenden Rückmeldungen und der ausbleibenden Teilnahme der Jugendlichen sei das Projekt derzeit nicht weiterverfolgt worden.

Ende des öffentlichen Teils: 18:10 Uhr

Claudia Reinke
Ausschussvorsitzende

Ingo Schmitz
Stellv. Schriftführer